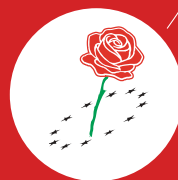


# EIN LANGER UND STEINIGER WEG: von Doha nach Cancún

Addendum zum Positionspapier der SPE-Fraktion vom April 2001  
„Ein neuer Ansatz im Welthandel“



Juni 2003



EIN LANGER UND STEINIGER  
WEG: VON DOHA NACH  
CANCÚN





## EIN LANGER UND STEINIGER WEG: VON DOHA NACH CANGÚN

Vor zwei Jahren veröffentlichte die SPE-Fraktion in Vorbereitung des WTO-Gipfels von Doha das Positionspapier **Ein neuer Ansatz im Welthandel: Auf dem Weg zu einer WTO-Runde für mehr Demokratie, nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit**, in dem sie eine radikale Reform des Welthandelssystems forderte. Im Vorwort wurde die Dringlichkeit der Frage unterstrichen:

*Der Kern unserer Schlussfolgerung, die in diesem Papier detailliert ausgeführt wird, besteht darin, dass im Welthandel ein neuer Weg eingeschlagen werden muss. Aufkommendes Interesse und Besorgnis in der Öffentlichkeit und das neue Selbstbewusstsein der Entwicklungsländer in der WTO – wie Seattle gezeigt hat – haben die internationale Handelspolitik irreversibel verändert. Die Marktöffnung als Agenda der Handelsexperten ist inzwischen durch eine neue „Agenda der Bürger“ ersetzt worden, deren Hauptforderungen Fairness und Demokratie in einem globalen Handelssystem sind.*

*Über die enge Welt der Handelsdiplomatie hinaus wird die nächste Handelsrunde vor allem ein Wendepunkt in der Globalisierungsdebatte sein, von der die Politik in diesem neuen Jahrhundert beherrscht wird. Dieser Debatte liegt die Frage zugrunde: Werden durch die Globalisierung der Wirtschaft sämtliche anderen Werte untergeordnet, oder können sich demokratische Entscheidungen in einer Ära globaler Interdependenz, globaler Bestimmungen und globaler Institutionen behaupten?*

Die Fraktion betonte insbesondere folgende Punkte:

- Die neue Handelsrunde muss, vor allem auch im Hinblick auf das UNO-Millenniumsziel, den Anteil der in absoluter Armut und Hunger lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren, eine Entwicklungsrunde werden; wozu auch Wert auf eine Stärkung der besonderen und differenzierten Behandlung zu legen ist;
- Es müssen Verhandlungen zu den zentralen Fragen des Umweltschutzes und der Ernährungssicherheit geführt werden;
- Das Recht auf Zugang zu Medikamenten in den Entwicklungsländern muss anerkannt werden;
- Das Verhältnis von Handel und Rechten bei der Arbeit muss in die Agenda aufgenommen werden;
- Die Entwicklungsländer müssen rasch einen besseren Zugang zu den Märkten der Industrieländer bekommen, insbesondere in entscheidenden, jedoch stark geschützten Bereichen wie der Landwirtschaft. Gleichzeitig muss der vorhandene präferentielle Marktzugang für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) beibehalten werden;
- Demokratie und Offenheit innerhalb der WTO müssen gestärkt werden; außerdem muss das Verhältnis der WTO zu anderen internationalen Organisationen und Abkommen im Rahmen einer ausgewogeneren und demokratischeren ‚Global Governance‘ geklärt werden.

Gleichzeitig unterstrich die Fraktion ihre Unterstützung für eine neue Handelsrunde, ihren Glauben an die nutzbringende Rolle des Handels, die Notwendigkeit internationaler Handelsregeln, die einen fairen Handel garantieren, sowie das wichtige wirtschaftliche Interesse der EU, Europas Exportchancen zu verbessern. Die SPE-Fraktion sieht die derzeitige Handelsrunde als eine Chance, die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze und einen vermehrten Wohlstand für die Bürger der EU und ihrer Handelspartner zu schaffen und die europäischen Sozial- und Umweltstandards zu verteidigen und voranzubringen.

Die Fraktion begrüßt die führende Rolle, die die EU in den Verhandlungen übernommen hat. Wir teilen die Absicht von Handelskommissar Lamy, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen stärkerer Marktöffnung und besserer Regulierung zu erzielen, ebenso wie seine Zusage, diese Verhandlungen - weniger, was die Diskussionen, sondern vielmehr was die Ergebnisse betrifft, - zu einer Entwicklungsrunde zu machen.

## WAS WURDE IN DOHA BESCHLOSSEN?

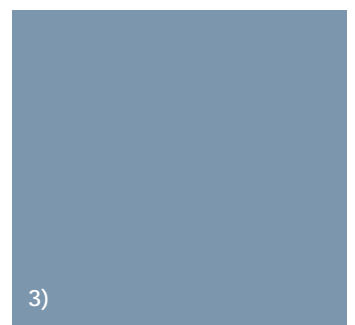
Beim WTO-Gipfel von Doha im November 2001 wurde beschlossen, Verhandlungen zu folgenden Themen einzuleiten:

- Landwirtschaft
- Dienstleistungen
- Marktzugang für nicht landwirtschaftliche Güter
- Regeln zu den Rechten an geistigem Eigentum (TRIPs)
- Handel und Umwelt
- Streitbeilegung
- „Implementierungsfragen“.

Ferner:

- Als Reaktion auf die öffentliche Empörung über den mangelnden Zugang der Entwicklungsländer zu lebensnotwendigen Medikamenten wurde in Doha eine Einigung über eine Erklärung zu TRIPs und öffentliche Gesundheit (siehe Kasten) erzielt, die den Vorrang der öffentlichen Gesundheit gegenüber den Rechten an geistigem Eigentum festschreibt;
- Vor allem auf Drängen der EU konnte eine Einigung über Verhandlungen zu den so genannten Singapur-Themen **Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen** (Trade Facilitation) erzielt werden, zu denen nach der fünften WTO-Ministerkonferenz in Cancún Verhandlungen aufgenommen werden sollen, die auf Grundlage eines in der dann anstehenden Sitzung über Verhandlungsmodalitäten mit explizitem Konsens zu treffenden Beschlusses beruhen.
- Die WTO erteilte Ausnahmegenehmigungen für die EU-Einfuhrregelung für Bananen und das AKP-EU-Partnerschaftsabkommen.

Abschließend einigten sich die Minister auf der Konferenz von Doha darauf, dass die Verhandlungen bis zum 1. Januar 2005 abgeschlossen werden sollen und legten eine Reihe von Fristen für einzelne Bereiche für den Zeitraum von Dezember 2001 bis 2005 fest.





## EIN LANGER UND STEINIGER WEG: VON DOHA NACH CANCÚN

### TRIPS UND ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

*Die Erklärung zu TRIPs und öffentliche Gesundheit war ein großer Erfolg für die Entwicklungsländer. Das ganze Jahr 2001 über waren erbitterte rechtliche und politische Schlachten über die Patente der Pharmaunternehmen und ihre Auswirkungen auf einen bezahlbaren Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten geführt worden. Weltweit mobilisierte sich die Öffentlichkeit angesichts des Skandals, dass Menschen in armen Ländern zu Zehntausenden an behandelbaren Krankheiten sterben, während die Patente der multinationalen Pharmaunternehmen ihren Zugang zu billigen Medikamenten blockieren.*

*Durch diese heftigen Auseinandersetzungen wurde der Zugang zu Medikamenten zu einem der Schlüsselthemen der WTO-Ministerkonferenz von Doha im November 2001, durch die eine neue Runde multilateraler Handelsverhandlungen eingeleitet wurde. Die Entwicklungsländer legten eine bisher nicht da gewesene Hartnäckigkeit an den Tag, um die Erklärung zu TRIPs und öffentliche Gesundheit durchzusetzen, die den Vorrang des Schutzes der öffentlichen Gesundheit gegenüber den Rechten an geistigem Eigentum festschrieb. Die Erklärung ließ jedoch ein Hintertürchen offen: Eine Einigung sollte bis Ende 2002 erzielt werden. Aufgrund der Blockade-Haltung der USA konnte diese Frist nicht eingehalten werden (siehe Anhang, Abschnitt zu TRIPs).*

### IST DIES ALSO ... EIN NEUER ANSATZ?

Die SPE-Fraktion kam unmittelbar nach der Ministerkonferenz von Doha zu dem Schluss, dass die Beschlüsse des Gipfels einen wichtigen Fortschritt hinsichtlich mehrerer in dem Positionspapier *Ein neuer Ansatz* genannten Prioritäten darstellt:

- Die Einigung zu TRIPs und öffentliche Gesundheit (**TRIPS & Public Health**) war ein großer Erfolg für die Entwicklungsländer und für all diejenigen, die sich dafür einsetzen, dass das weltweite Handelssystem besser die Anliegen des Gemeinwohls berücksichtigt;
- Das Mandat für die neuen Handelsverhandlungen – insbesondere in der entscheidenden Frage der Landwirtschaft und hinsichtlich des Marktzugangs für Industriegüter - spiegelte deutlich die Interessen der Entwicklungsländer wider;
- Die Mitgliedstaaten einigten sich in Doha darauf, dass die so genannten Implementierungsfragen, die von den Entwicklungsländern aufgeworfen wurden und die Unausgewogenheiten und Ungerechtigkeiten der 1995 in der vorangegangenen Uruguay-Runde beschlossenen Handelsvorschriften betreffen, integraler Bestandteil der neuen Doha-Runde sein werden;

- Zum ersten Mal einigten sich die Mitgliedstaaten der WTO auf Verhandlungen über das Verhältnis von Handelsregeln und Umwelt, der Verhandlungsumfang war geringer als von der SPE-Fraktion gefordert, doch war angesichts des starken Widerstands vor allem seitens vieler Entwicklungsländer bereits die Einigung auf die Aufnahme von Verhandlungen ein Durchbruch.

Hinsichtlich von zwei Prioritäten der Fraktion konnte jedoch in Doha kein Erfolg erzielt werden:

- Im Bereich Handel und Beschäftigung wurden keine echten Fortschritte erzielt. Viele Regierungen von Entwicklungsländern wehrten sich auch gegen bescheidene Vorschläge zur Anerkennung von Sozial- und Beschäftigungsstandards im Handelssystem. Zudem brachten die Industrieländer diese Frage schlicht und einfach nicht nachdrücklich genug vor, um irgendwie geartete Chancen auf Erfolg zu haben.
- Die Fragen im Zusammenhang von Demokratie und Transparenz sind auch weiterhin unter den WTO-Mitgliedstaaten stark umstritten und tauchten in den Diskussionen in Doha kaum auf.

Ferner brachten viele Entwicklungsländer gemeinsam mit Gewerkschaften und NGOs ihre Bedenken hinsichtlich des Beschlusses zum Ausdruck, Verhandlungen zu **Investitionen** und **Wettbewerbsregeln** im Anschluss an die 5. Ministerkonferenz in Cancún aufzunehmen.

## NACH DOHA: DEN DRUCK AUFRECHTERHALTEN

Seit Aufnahme der Doha-Handelsrunde hat sich die SPE-Fraktion kontinuierlich für die in dem Positionspapier *Ein neuer Ansatz im Welthandel* geforderten radikalen Reformen eingesetzt.

Um den Druck aufrechtzuerhalten und neue Allianzen zu bilden, ist die Fraktionsführung - gemeinsam mit ihren Experten für Handel, Entwicklung, Landwirtschaft, Umweltschutz, soziale Angelegenheiten, Verbraucherschutz und andere relevante Bereiche - regelmäßig mit Vertretern der europäischen Zivilgesellschaft, Unternehmen und Gewerkschaften, den Entwicklungsländern, den Verhandlungsführern der EU, den Regierungen der Mitgliedstaaten sowie Parlamentariern aus der ganzen Welt zusammengekommen.

Wir haben öffentliche Anhörungen und Seminare zu zentralen Themen organisiert, den Dialog im Internet gefördert, regelmäßig EU-Kommissare und ihre Mitarbeiter getroffen, die Initiative für Aussprachen im EP ergriffen und konnten die Unterstützung des Parlaments für einen Großteil der Punkte unserer Reformagenda gewinnen. Im Anhang zu diesem Addendum werden fünf Themenbereiche erläutert (Landwirtschaft, GATS, TRIPs, Investitionen und Demokratie & Transparenz), auf die sich die Fraktion seit Doha besonders konzentriert hat.





## DER HANDEL, DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DIE SPE-FRAKTION

*Die Arbeit der SPE-Fraktion, die Handelsagenda zu beeinflussen, ist vor dem Hintergrund der formal begrenzten Kompetenzen des Europäischen Parlaments im Bereich Handel fortgesetzt worden. Unsere Einflussnahme zeigt, wie erfolgreich eine entschiedene Kampagne und die enge Zusammenarbeit mit EU-Handelskommissar Lamy aufgrund unserer gemeinsamen Zugehörigkeit zur gleichen politischen Familie sind, der seiner Rechenschaftspflicht vor dem Parlament in einem Maße nachkommt, das die in den EU-Verträgen festgehaltenen Pflichten bei Weitem übersteigt.*

*Das erfolgreiche Zusammenspiel des durch das Parlament ausgeübten Drucks, den die SPE-Fraktion initiiert hat und bei dem sie eine führende Rolle übernimmt, und der Unterstützung durch die Kommission spiegelt sich in vielen von uns begrüßten EU-Initiativen wider – u.a. der EBA-Initiative ‚**Alles außer Waffen**‘ (durch die der zoll- und quotenfreie Marktzugang für alle Produkte außer Waffen aus den am wenigsten entwickelten Ländern in die EU gewährt wird), bei der Nachhaltigkeitsprüfung und bei der von der EU in Doha nachdrücklich vertretenen Position, dass ohne Verhandlungen zu Handel und Umwelt die Konferenz scheitern würde. Die parlamentarische Dimension der Fragen wurde kontinuierlich u.a. dadurch stärker anerkannt, dass Kommissar Lamy und seine Mitarbeiter regelmäßig vor dem Handelsausschuss des EP Bericht erstatteten, das EP in den EU-Delegationen zu den Handelskonferenzen in Seattle, Doha and Cancún zahlenmäßig stark vertreten war und dass die Unterstützung für die Kampagne, die die SPE-Fraktion 1999 für die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung der WTO gestartet hat, innerhalb der EU, aber auch international, immer größer wird.*

*Auch die Tatsache, dass im **Konvent zur Zukunft Europas** die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit gelenkte wurde, dem Demokratiedefizit im Bereich der EU-Handelspolitik abzuhelpfen, indem dem Europäischen Parlament formal Kompetenzen bei der Aufnahme und dem Abschluss internationaler Handelsabkommen eingeräumt werden, geht auf den kontinuierlichen Druck der Abgeordneten des EP unter Führung von SPE-Fraktionsmitgliedern zurück.*

*Die SPE-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass das Europäische Parlament, welches die Bürger des größten Handelsblocks der Welt repräsentiert, mit ihrem direkten Kontakt zu den Verhandlungsführern der EU eine wichtige Rolle bei der Überwachung der Art und Weise, in der der Welthandel reformiert wird, und bei der Gewährleistung, dass gemachte Versprechen gehalten werden, zu spielen hat.*

## HALBZEITBERICHT: IST DOHA EIN ERFOLG?

Durch die Beschlüsse der WTO-Ministerkonferenz von Doha sind – abgesehen von dem Beschluss zu **TRIPS & Public Health** – lediglich eine Agenda, Verhandlungsmandate und ein Zeitplan festgelegt worden. Ob Doha tatsächlich einen neuen Ansatz im Welthandel darstellt, wird man erst sehen, wenn man weiß, zu welchen Ergebnissen die derzeit laufenden Verhandlungen führen. Werden die Ergebnisse Ausdruck eines neuen verantwortungsvollen Bewusstseins sowohl für die Interessen der Entwicklungsländer als auch für die Sorge der Öffentlichkeit, was die Auswirkungen der Handelsregeln auf Umwelt, Gesundheit, Rechte bei der Arbeit, öffentliche Dienstleistungen und andere Fragen betrifft?

Die Realität ist bislang entmutigend. Frist nach Frist ist erfolglos verstrichen. In vielen Fragen scheinen die WTO-Mitgliedstaaten noch weit von einer Einigung entfernt zu sein und die Positionen, die die meisten Industriestaaten – bei einigen Fragen auch die EU - vertreten, sind weit davon entfernt, die radikale Neuausrichtung des Systems zu Gunsten der Entwicklungsländer herbeizuführen, die die SPE-Fraktion und andere für sich zur vorrangigen Priorität dieser Verhandlungsrunde gemacht haben.

#### NICHT EINGEHALTENE FRISTEN

AUF DEM GIPFEL VON DOHA WURDEN FOLGENDE FRISTEN FÜR DIE WTO-MITGLIEDSTAATEN BESCHLOSSEN

##### **Besondere und differenzierte Behandlung (S&D) – Frist nicht eingehalten**

Der WTO-Ausschuss für Handel und Entwicklung wurde aufgefordert, alle S&D-Maßnahmen zu überprüfen, zu erwägen, zu welchen ein Handlungsmandat erteilt werden sollte, andere Wege zu prüfen, die Maßnahmen zu stärken, und dem Allgemeinen Rat bis Juli 2002 Bericht zu erstatten und „klare Handlungsempfehlungen“ zu geben. Die Frist ist mehrfach verlängert worden, mehrfach nicht eingehalten worden; bis heute wurde kein Beschluss gefasst.

##### **Textilien – Frist nicht eingehalten**

Der Rat für Warenverkehr wurde aufgefordert, sich auf überarbeitete Verfahren zur Umsetzung des Welttextilienabkommens zu einigen, durch die die Interessen der Entwicklungsländer stärker berücksichtigt werden. Bislang konnte keine Lösung gefunden werden.

##### **Erklärung zu TRIPS und öffentliche Gesundheit – Frist nicht eingehalten**

Der TRIPS-Rat wurde aufgefordert, dem Allgemeinen Rat bis Ende 2002 Lösungsvorschläge vorzulegen, um die Vorteile des Beschlusses zu TRIPs und öffentliche Gesundheit auf die WTO-Mitgliedstaaten mit unzureichenden Produktionskapazitäten auszuweiten, damit auch diese die Zwangslizenzen wirksam nutzen können. Eine Einigung zwischen 145 der 146 WTO-Mitgliedsstaaten konnte erzielt werden, diese wird jedoch seit Dezember 2002 von den USA blockiert.

##### **Noch ausstehende Implementierungsfragen – Frist nicht eingehalten**

Die zuständigen WTO-Organen wurden aufgefordert, bis Dezember 2002 dem Trade Negotiations Committee über ihre Arbeit zu Implementierungsfragen zu berichten und Handlungsempfehlungen zu geben, zu denen die Minister in der Erklärung kein spezifisches Verhandlungsmandat erteilt haben. Bisher konnte keine Einigung zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern in der Frage erzielt werden, wie diese Anliegen der Entwicklungsländer behandelt werden sollen.

##### **Modalitäten des Agrarhandels – Frist nicht eingehalten**

Der Landwirtschaftsausschuss wurde aufgefordert, bis März 2003 eine Einigung zu den „Modalitäten“ der Handelsverhandlungen – d.h. den Verfahren, dem genauen Verhandlungsmandat und den Zielsetzungen – im Bereich Landwirtschaft zu erzielen. Die Positionen der WTO-Mitgliedstaaten liegen derzeit noch weit auseinander.

##### **Streitbeilegungsvereinbarung – Frist nicht eingehalten**

Die Verhandlungen zur Reform der Streitbeilegungsmechanismen, die in Doha eingeleitet wurden, sollten bis spätestens Mai 2003 abgeschlossen sein.







## EIN LANGER UND STEINIGER WEG: VON DOHA NACH CANCÚN

In vielen Fragen hat die EU eine führende Rolle gespielt, indem sie Vorschläge zu fortschrittlichen Lösungen einbrachte, die im Einklang mit den Doha-Prioritäten stehen. In diesem Zusammenhang sollten zum Beispiel die Angebote der EU an die WTO im Bereich TRIPs/biologische Vielfalt, geographische Herkunftsbezeichnungen, Anti-Dumping & Subventionen, Streitbeilegung, öffentliches Beschaffungswesen, Verhältnis von WTO-Regeln zu multilateralen Umweltabkommen (MEA) und Öko-Labeling erwähnt werden.

Hinsichtlich des Handelsvolumens ist eine der wichtigsten Fragen der Verhandlungen die Frage des Marktzugangs für gewerbliche Produkte, bei denen der Vorschlag der EU Vorschriften zur Reduzierung von Spitzenzöllen und Zollprogression und Vorschriften über die besondere und differenzierte Behandlung von Entwicklungsländern enthält, die den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht werden und insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern einen besseren Marktzugang ermöglichen sollen, die zu begrüßen sind. Wir haben jedoch auch die Besorgnis der Entwicklungsländer hinsichtlich der Senkung der Zölle zur Kenntnis genommen, die der EU-Vorschlag ihnen abverlangen würde, und appellieren an die Verhandlungsführer der EU, die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer nicht vollständigen Reziprozität ernsthaft zu berücksichtigen, wenn es um die eigentlichen Entwicklungsthemen geht. Die SPE-Fraktion begrüßt die führende Rolle, die die Europäische Union bei allen diesen Fragen übernommen hat, und appelliert an ihre Verhandlungsführer, sie auch mit Nachdruck weiterzuverfolgen.

In anderen wichtigen Fragen kann jedoch noch kein abschließendes Urteil gefällt werden. Insbesondere müssen die EU, die USA und andere Industrienationen noch zeigen, dass sie bei den Themen, die für die Entwicklungsländer von entscheidender Bedeutung sind, ihre Zusagen erfüllen. Etwa hinsichtlich der besonderen und differenzierten Behandlung und anderer „Implementierungsfragen“, beim Marktzugang für Industriegüter, bei der vollständigen Umsetzung des Abkommens zu TRIPs und öffentliche Gesundheit, bei der umfassenden Überarbeitung der TRIPs-Abkommen und vor allem beim Agrarhandel. Was den Marktzugang für Industriegüter – ein weiteres wichtiges Themenfeld – betrifft, gilt abzuwarten, ob andere Industriestaaten, hier insbesondere die USA, bereit sind, ebenso stark wie die EU auf die Interessen der Entwicklungsländer einzugehen.

## CANCÚN – EIN PRÜFSTEIN FÜR UNSERE PRIORITÄTEN

Die Doha-Runde steht auf Messers Schneide. Verhandlungsführer und Beobachter berichten, dass die Handelsverhandlungen einen kritischen Punkt erreicht haben. Insbesondere die Entwicklungsländer sind der Ansicht, dass in dem Zeitraum seit Doha hinsichtlich ihrer Prioritäten nur geringe Fortschritte erzielt werden konnten und es auch einige Rückschritte gab. Im Klartext: die Verhandlungen zu den meisten Themenbereichen kommen im Schnecken-tempo voran, wobei die WTO-Mitgliedstaaten bislang wenig Bereitschaft zeigten, die oft noch breite Kluft, die sie voneinander trennt, zu überwinden.

### DIE VERHANDLUNGEN DÜRFEN NICHT SCHEITERN

Einige langjährige Beobachter der Verhandlungen sind der Ansicht, dass die multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO und ihrer Vorgängerin, dem GATT, immer nach einem ähnlichen Schema abgelaufen sind, bei dem sich bis zur letzten Minute wenig getan hat. Dieses Mal wirkt sich jedoch auch das derzeitige internationale politische Klima auf die Verhandlungen aus. Es besteht die Gefahr, dass die transatlantischen Spannungen, die sich bei einer Reihe von Fragen seit Beginn der Amtszeit von Präsident George W. Bush aufgebaut haben und im Irak-Konflikt kulminierten, eine Einigung in Handelsfragen erschweren. Die Haltung der USA gegenüber internationalen Institutionen und Abkommen ist zunehmend unklar und auch in den USA selbst innenpolitisch umstritten.

Es sieht so aus, als müsste die Europäische Union ihrer Verantwortung durch eine offensive Haltung umfassend gerecht werden, um ein Scheitern der Doha-Runde zu verhindern und ihren erfolgreichen Abschluss zu ermöglichen. Eben gerade aufgrund der unklaren Position der USA gegenüber multilateralen Organisationen und Abkommen kommt dem erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde gleichzeitig eine neue und zutiefst globale politische Bedeutung zu. Zudem verstärkt die derzeitige wirtschaftliche Lage die Bedeutung eines erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen: In den meisten großen Industriestaaten ist eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Ergebnisse der Doha-Runde könnten dazu beitragen zu entscheiden, ob es in diesen Ländern zu einer raschen Erholung oder zu einem Abgleiten in die Rezession kommt.

### DER HERAUSFORDERUNG GEWACHSEN?

All dies sind Gründe, weshalb die Europäische Union eine wichtige Verantwortung trägt, um einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde zu ermöglichen. Was politischen Kriterien, die die SPE-Fraktion in *Ein neuer Ansatz* definiert hat, anbelangt, wird ein Erfolg nicht allein daran gemessen werden, ob die Verhandlungen stattfinden – vielmehr wird die Form des Ergebnisses zählen. Von Anfang an haben wir die Ansicht vertreten, dass die Doha-Runde ein wichtiger Test für die Fähigkeit demokratischer Politik ist, wie sie den Herausforderungen der Globalisierung begegnet. Wir haben vorgeschlagen, den Erfolg an drei Fragen zu messen:

- Werden die Verhandlungen zu einer substantiell gerechteren Verteilung der Einnahmen aus dem Handel, insbesondere zwischen Nord und Süd, führen?
- Werden sie den Nachweis erbringen, dass das Handelssystem den Vorstellungen unserer Bürger gerecht wird, was die Fortschritte im Bereich Umweltschutz und Soziales, Menschenrechte, Ernährungssicherheit, gute öffentliche Dienstleistungen, Kernarbeitsnormen und einer breiten Palette an nicht handelsbezogenen Themen anlangt, und: werden diese Vorstellungen nicht im Gegenteil den Handelsinteressen untergeordnet?
- Werden die Verhandlungen Transparenz und Rechenschaftspflicht innerhalb der WTO und ihre Integration in das noch umfassendere System der Global Governance stärken?

**Dies ist der allgemeine Rahmen, der den Verhandlungsführern der Europäischen Union in Cancún als Grundlage dienen und ihr Handeln bestimmen sollte.** Diese drei Prioritäten müssen gleichzeitig mit dem klassischen handelspolitischen Ziel der Förderung der Exportchancen der Hersteller in der EU, das die SPE-Fraktion klar unterstützt, verfolgt werden. Wir betonen jedoch nachdrücklich, dass letzteres Ziel unter Berücksichtigung der besonderen Lage der Entwicklungsländer und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstrategien verfolgt werden muss.

### EIN ENTSCHEIDENDER ERFOLGSTEST

Die SPE-Fraktion hat ihre Position zu einer Reihe von Schlüsselthemen in *Ein neuer Ansatz* sowie im Anhang zum vorliegenden Addendum detailliert dargelegt. Anstatt diese Positionen an dieser Stelle zu wiederholen, wollen wir uns darauf konzentrieren, eine klare politische Botschaft dazu formulieren, wo unseres Erachtens bei den Verhandlungen in Cancún der Schwerpunkt liegen sollte. Diese Prioritäten müssen ein zweifaches Ziel verfolgen: die Exportchancen für die Hersteller in der EU zu verbessern, was zur Schaffung von Arbeitsplätzen für EU-Bürger führen wird, und dem oben beschriebenen „allgemeinen Rahmen“ hinsichtlich der Reform des internationalen Handelssystems gerecht zu werden.





## EIN LANGER UND STEINIGER WEG: VON DOHA NACH CANGÚN

Um dem „allgemeinen Rahmen“ gerecht zu werden, ist es **von entscheidender Bedeutung**, dass die Verhandlungsführer der EU den Entwicklungsländern sehr substantielle Angebote in den Bereichen Marktzugang für Industriegüter, Implementierungsfragen, einschließlich der besonderen und der differenzierten Behandlung, und vor allem beim Agrarhandel vorlegen; und dass sie das gleiche Engagement von den USA und anderen Industrienationen einfordern.

**Es ist von entscheidender Bedeutung**, dass die WTO - wenn schon nicht zuvor -, spätestens in Cancún die in Doha gemachte Zusage erfüllt, die Vorteile der Erklärung zu TRIPs und öffentliche Gesundheit auf Länder, die keine oder nur eine kleine pharmazeutische Industrie haben, auszuweiten - was von den USA seit Dezember 2002 blockiert wird.

**Es ist von entscheidender Bedeutung**, in den GATS-Verhandlungen das Recht eines jeden WTO-Mitgliedstaats zu garantieren, den Bereich der öffentlichen Dienstleistungen zu regulieren. Die SPE-Fraktion erinnert an die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2003, in der gefordert wird, dass Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder nicht gedrängt werden, den Dienstleistungssektor, insbesondere die öffentlichen Dienstleistungen, zu liberalisieren, dass der Zugang und die Verwaltung von Wasserressourcen in öffentlicher Hand bleibt, dass die Handlungsfreiheit im audiovisuellen Sektor, die in der Uruguay-Runde erzielt wurde, erhalten wird, dass die GATS-Regeln zu kulturellen Dienstleistungen nicht die kulturelle Vielfalt gefährden und dass der Verhandlungsprozess transparenter gestaltet wird, wozu auch die Gewährleistung des umfassenden Zugangs zu den EU-Verhandlungsdokumenten für alle Mitglieder des Europäischen Parlaments gehört.

**Es ist von entscheidender Bedeutung**, die richtige Botschaft hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Handel und nicht handelsbezogenen Anliegen auszusenden. Das bedeutet, dass die Modalitäten, auf die man sich für die Agrarhandelsverhandlungen einigen muss, die Souveränität der WTO-Mitgliedstaaten bei der Festlegung von Nahrungsmittelstandards respektieren und den staatlichen Behörden einen ausreichenden Spielraum einräumen müssen, um öffentliche Güter, wie die ländliche Entwicklung, den Umweltschutz und den Tierschutz, zu fördern. Dies bedeutet außerdem, dass bei den in Doha eingeleiteten Verhandlungen zu Handel und Umwelt klare Fortschritte erzielt werden müssen; dass der derzeit erfolgenden Überarbeitung des TRIPs-Abkommens (nach Artikel 71.1) neuer Schwung verliehen werden muss und ein stärkeres Augenmerk darauf gelegt werden sollte, das Verhältnis von Rechten und Pflichten stärker zu Gunsten der Entwicklungsländer auszurichten; dass hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Handel und Kernarbeitsnormen eine Lösung gefunden werden muss und dass letztere insbesondere im Zusammenhang mit Dienstleistungen, zu deren Erbringung Arbeitnehmer die Landesgrenzen überqueren müssen<sup>1</sup>, gemäß dem nationalen Arbeitsrecht des Gastlands und allen für sie geltenden Tarifabkommen in vollem Umfang garantiert werden. Was die EU betrifft, so ist die SPE-Fraktion erfreut festzustellen, dazu beigetragen zu haben, dass die Kommission in dieser Frage zu einer Position gefunden hat, die bessere Exportchancen für Entwicklungsländer mit dem Schutz der Arbeitnehmer in der EU in Einklang bringt.

Was die Arbeitsnormen betrifft, so hat der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) seit Doha auch weiterhin eine extrem wertvolle Arbeit geleistet, indem er Wege aufgezeigt hat, um die gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer in den Staaten des Nordens und des Südens durch die Gewährleistung grundlegender Rechte bei der Arbeit voranzubringen, ohne bei den Regierungen der Entwicklungsländern Ängste vor einem „sozialen Protektionismus“ hervorzurufen.

Die Verhandlungsführer der WTO sollten die Ministerkonferenz von Cancún nutzen, um auf dieser Arbeit aufzubauen und ihre Zusage zu bekräftigen, für den Respekt von Kernarbeitsnormen zu sorgen, sowie als Teil der fortgesetzten Anstrengungen, das Ziel der EU zu erreichen, ein institutionalisiertes „Standing Forum“ von WTO und ILO einzurichten.

**Es ist von entscheidender Bedeutung**, dass die Frage der Stärkung der Transparenz sowie der Rechenschaftspflicht innerhalb der WTO erneut entschlossen auf die Verhandlungsagenda gesetzt wird. Das Europäische Parlament hat in dieser Frage detaillierte Vorschläge vorgelegt, die mit großer Mehrheit aller großen europäischen politischen Familien angenommen worden sind (siehe Anhang, Abschnitt Demokratie und Transparenz). Das Parlament erwartet, dass die Frage der Demokratie innerhalb des Welthandelssystems in einem neuen Jahrhundert, in dem die Globalisierung eine Herausforderung für die grundlegenden Prinzipien der Demokratie darstellt, mit der gebotenen Ernsthaftigkeit behandelt wird.

#### WAS IST FÜR DEN BÜRGER WICHTIG? - DIESE FRAGE GILT ES, IM BLICK ZU BEHALTEN

Die SPE-Fraktion ist jedoch angesichts des politischen und wirtschaftlichen Rahmens, den wir beschrieben haben, nicht der Überzeugung, dass es wichtig ist, in Cancún Verhandlungen zu den Singapur-Themen einzuleiten - auch wenn die Ziele der EU bei solchen Verhandlungen zu begrüßen sind<sup>2</sup>. Da die EU selbst nachdrücklich unterstrichen hat, dass die Doha-Runde eine Entwicklungsrunde werden muss, schlagen wir einen einfachen Test vor: In den Bereichen der Singapur-Themen, bei denen die EU auf breite Unterstützung der Entwicklungsländer gestoßen ist, sollten Verhandlungen stattfinden. Die Verhandlungsführer der EU sollten jedoch kein wertvolles politisches Kapital auf Verhandlungen zu den Singapur-Themen mit widerstrebenden Partnern verschwenden, denen sie gut zureden müssen. Wir fordern stattdessen von unseren Verhandlungsführern eine uneingeschränkte Konzentration auf die drei oben genannten Prioritäten - Prioritäten, bei denen die Singapur-Themen bestenfalls von zweitrangiger Bedeutung sind - und auf bessere Exportchancen für die Produzenten in der EU.

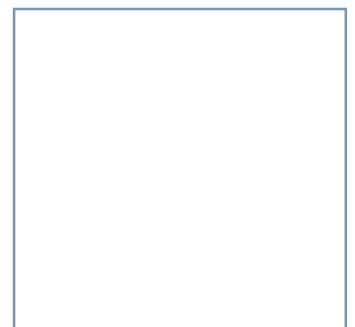
#### DIE LANDWIRTSCHAFT - DAS ZENTRALE THEMA

Die SPE-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Landwirtschaft in der Doha-Runde den Schlüssel zum Erfolg darstellt. In Niedriglohnländern sind 65 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, einschließlich der ärmsten Menschen der Welt. Die Weltbank schätzt, dass die Liberalisierung des Agrarhandels das Einkommen der Entwicklungsländer insgesamt um 150 Milliarden US-Dollar und das der Industriestaaten um weitere 100 Milliarden US-Dollar erhöhen würde. Aus diesem Grunde kann die Doha-Runde durch fairere Regeln für den Agrarhandel ihren größten Beitrag zum Kampf gegen die Armut in der Welt und zu Gunsten der Nachhaltigkeit und der Forderungen der EU-Bürger nach sicheren, hochwertigen Nahrungsmitteln und einer gesunden, wohlhabenden ländlichen Umgebung leisten. In ihrem Positionspapier Ein neuer Ansatz und im Anhang zu diesem Addendum werden die aus unserer Sicht notwendigen Reformen des Agrarabkommens detailliert beschrieben.

Die Bereitschaft, eine radikale und ausgewogene Öffnung der Agrarmärkte und eine Verringerung der Exportsubventionen durch alle Industriestaaten zu unterstützen, würde der EU ein enormes Gewicht in den Verhandlungen verleihen. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten müssen ihrer Verantwortung gerecht werden - der Verantwortung, ihren Beitrag zu leisten, um der Doha-Runde zu einem erfolgreichen Abschluss zu verhelfen, der Verantwortung, aus der Doha-Runde eine echte Entwicklungsrunde zu machen, indem sie die notwendigen Beschlüsse zur Reform der GAP vor Cancún fassen, um ihren Verhandlungsführern dieses Gewicht in den Verhandlungen zu geben, und indem sie die gemeinsame Entwicklungshilfeszusammenarbeit deutlich stärken. Im Gegenzug müssen die EU-Verhandlungsführer eine Stärkung der nicht handelsbezogenen Aspekte des Agrarabkommens, einen besseren Schutz der geographischen Herkunftsangaben sowie greifbare und substantielle Fortschritte bei den anderen wesentlichen Themen - Kernarbeitsnormen, Überarbeitung der TRIPs, Umweltschutz und Ernährungssicherheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht innerhalb der WTO - erreichen.

<sup>1</sup> Im Handelsjargon nach dem GATS-Abkommen „Erbringen von Dienstleistungen nach Modus IV“

<sup>2</sup> Auch bei der Wettbewerbspolitik, allerdings nicht in der Frage der Investitionen, stimmt die SPE, wie im Anhang dargelegt, mit der Position der Kommission teilweise überein.





# ANHANG: FÜNF SCHLÜSSELTHEMEN FÜR DIE VERHANDLUNGEN

## LANDWIRTSCHAFT

*In Ein neuer Ansatz hieß es, das „vornehmliche Ziel von Agrarhandelsgesprächen muss sein, Bestimmungen auszuarbeiten, die nicht nur gerecht und marktorientiert sind, sondern auch im Einklang mit Dauerhaftigkeit, Umweltschutz, biologischer Vielfalt, Ernährungssicherheit, Verringerung der Armut, ländlicher Entwicklung, Lebensmittelsicherheit und -qualität und Tierschutz stehen“.*

*Um diese Ziele zu erreichen, wurden in dem Positionspapier folgende Forderungen gestellt:*

- *Eine von allen reichen Ländern vorgenommene radikale Verringerung der Handelsbarrieren für Agrarexporte aus armen Ländern.*
- *Eine weltweite Verringerung der Exportsubventionen und aller Formen von Exporthilfen, was zu deren gleichzeitiger Abschaffung durch alle Länder führt.*
- *Die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen handels- und nichthandelsbezogenen Überlegungen unter Anerkennung des multifunktionalen Charakters der Landwirtschaft und vollständiger Berücksichtigung der nicht handelsbezogenen Anliegen der Europäischen Union und der Entwicklungsländer.*

### Die Beschlüsse von Doha

In der Ministererklärung von Doha heißt es zur Landwirtschaft:

*„Wir verpflichten uns zu umfassenden Verhandlungen mit folgenden Zielen: deutliche Verbesserungen beim Marktzugang, Abbau aller Arten von Ausfuhrsubventionen „im Hinblick auf deren Auslaufen“ und deutliche Senkungen bei der wettbewerbsverzerrenden internen Stützung. Wir sind uns darin einig, dass die besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer integraler Bestandteil aller Verhandlungsbereiche ist und in die Listen der Zugeständnisse und Verpflichtungen sowie gegebenenfalls in die zu verhandelnden Regeln und Disziplinen einbezogen werden muss, um praktische Wirkung zu zeigen und den Entwicklungsländern die Möglichkeit zu geben, ihren Bedürfnissen in Bezug auf Entwicklung, einschließlich Ernährungssicherheit und Entwicklung des ländlichen Raums, wirksam Rechnung zu tragen.*

*Wir nehmen die in den Verhandlungsvorschlägen der Mitgliedstaaten zum Ausdruck kommenden nicht handelsbezogenen Anliegen zur Kenntnis und bekräftigen, dass diese Anliegen, wie im Übereinkommen über die Landwirtschaft vorgesehen, bei den Verhandlungen berücksichtigt werden.“*

Das Urteil der SPE-Fraktion: Dieses Mandat entspricht weitgehend den Prioritäten der Fraktion, und wir appellieren an alle WTO-Mitgliedstaaten, es nach Geist und Buchstaben der Erklärung umzusetzen.

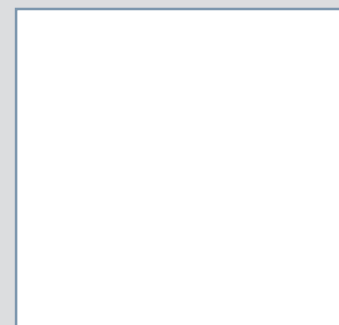
### Aktivitäten der SPE-Fraktion

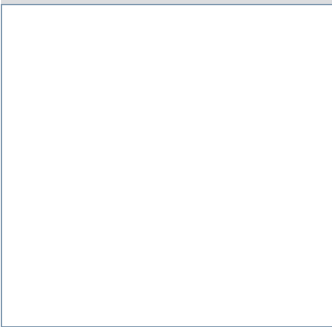
Im Februar 2003 hat die SPE-Fraktion gemeinsam mit APRODEV – der Vereinigung europäischer Entwicklungshilfeorganisationen, die mit dem Weltkirchenrat zusammenarbeiten, - ein Seminar mit dem Ziel organisiert, folgende Fragen genauer zu betrachten: die Öffnung der Agrarmärkte, die Entkopplung der Agrarbeihilfen von der Produktion und Wege, Agrarbeihilfen stärker auf die Förderung der Multifunktionalität der Landwirtschaft auszurichten. Bei diesem Seminar kamen Vertreter der Regierungen und der Zivilgesellschaft aus Industriestaaten und Entwicklungsländern, EU-Verhandlungsführer und Vertreter der europäischen Landwirte zusammen.

Bei dem Seminar wurde die überwältigende Bedeutung der Landwirtschaft als Hauptquelle für Beschäftigung, Nahrung und Ausfuhrerlöse in den Entwicklungsländern bestätigt. Teilnehmer, die aus Entwicklungsländern berichteten, waren sich darüber einig, dass die Landwirtschaft das entscheidende Thema der Doha-Handelsrunde ist. Bei dem Seminar wurde auch die besondere kulturelle, soziale und umweltpolitische Bedeutung der Landwirtschaft anerkannt, ebenso wie die Notwendigkeit, dass die Handelsvorschriften den Regierungen einen ausreichenden Spielraum einräumen, um für die Umsetzung einer breiten Palette an nicht handelsbezogenen Zielen zu sorgen, und gleichzeitig vor den Gefahren eines versteckten Protektionismus zu schützen.

Auf Initiative der SPE-Fraktion wurde eine Woche nach dem Seminar im Europäischen Parlament eine Debatte über die WTO-Agrarverhandlungen abgehalten. Auf der Grundlage der Vorschläge, die die Europäische Kommission kurz zuvor der WTO gemacht hatte, brachte die Fraktion einen Entschließungsantrag ein, in dem sie die in dem Positionspapier *Ein neuer Ansatz* gestellte Forderung nach einer radikalen Reform der Handelsvorschriften im Agrarbereich bekräftigte.

Trotz erbittertem Widerstand seitens anderer Fraktionen fand der Entschließungsantrag der SPE-Fraktion eine Mehrheit für eine Reform zu Gunsten von Entwicklung, Umweltschutz, Verbraucherschutz, ländlicher Entwicklung und Tierschutz.





## WTO: derzeitiger Stand der Verhandlungen

In der Ministererklärung von Doha wurde der 31. März 2003 als Frist für eine Einigung auf die Modalitäten der Verhandlungen im Agrarbereich festgelegt, durch die die genauen Ziele und Methoden definiert und die WTO-Mitgliedstaaten auf bestimmte Ziele u.a. hinsichtlich des Marktzugangs etc. verpflichtet werden sollten. Im Januar und Februar legte Stuart Harbinson, der Vorsitzende der Verhandlungsgruppe, Vorschläge als Grundlage einer Einigung vor<sup>3</sup>.

Jedoch waren die Mitgliedstaaten bis zum 31. März noch weit von einer Einigung entfernt. Man geht nun davon aus, dass bis zur Ministerkonferenz von Cancún im September keine Einigung erzielt werden wird. Wenn die WTO-Mitgliedstaaten hier keine ausreichende Flexibilität zeigen, könnte die gesamte Handelsrunde scheitern.

Die Europäische Kommission hat die Harbinson-Vorschläge als „unausgewogen“ kritisiert, sie „benachteilige die schwächsten der Entwicklungsländer und begünstige die exportorientierten Staaten“. Die SPE-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die Harbinson-Vorschläge hinsichtlich der Marktöffnung und des Exportwettbewerbs ehrgeiziger sind als die der Europäischen Union, doch sind wir der Ansicht, dass die Schlüsselfragen, auf die sich die EU-Verhandlungsführer konzentrieren müssen, um die Harbinson-Vorschläge zu verbessern, die folgenden sind:

- Nicht handelsbezogene Anliegen stärker zu berücksichtigen;
- Den Marktzugang durch alle WTO-Mitgliedstaaten für alle Güter aus Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern entschiedener und rascher zu erweitern als für Güter aus Industriestaaten;
- Alle Formen von Exportbeihilfen, darunter auch Nahrungsmittelhilfen und Exportkredite, - die von einigen unserer Handelspartner missbraucht werden -so strikt zu disziplinieren wie Exportsubventionen;
- Eine Einigung darüber zu erzielen, dass die Industrienationen den zoll- und quotenfreien Zugang für alle Waren aus den am wenigsten entwickelten Ländern, den die EU gewährt, auch umsetzen;
- Die Sonderregelungen für Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder und andere besonders schwache Gruppen, weiter zu stärken;
- Einen stärkeren Schutz der geographischen Herkunftsangaben für landwirtschaftliche Produkte zu erreichen (siehe Abschnitt zu TRIPs).

Wir unterstreichen nachdrücklich die Tatsache, dass die Märkte der Industriestaaten sich stärker für alle landwirtschaftlichen Exporte aus den Entwicklungsländern öffnen müssen, damit alle Landwirte dieser Länder besser an den weltweiten Handelsbeziehungen teilhaben können. Im Interesse der Produzenten und Verbraucher der EU, ebenso wie im Interesse der Armen der Welt, liegt es nicht, sich gegen Veränderungen zu wehren, sondern Rahmenbedingungen für die Produktion und den Handel zu schaffen, die zu einer ausgewogeneren und nachhaltigen Entwicklung führen, die weltweit auf der Grundlage einer multifunktionalen Landwirtschaft erfolgt, durch die die Qualität, der Umweltschutz, die Beschäftigung und die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen den Weltregionen gefördert wird.

<sup>3</sup> Harbinsons Vorschläge sind unter folgender Adresse zu finden:  
[http://www.wto.org/english/tratop\\_e/agric\\_e/negoti\\_mod2stdraft\\_e.htm#marketacces](http://www.wto.org/english/tratop_e/agric_e/negoti_mod2stdraft_e.htm#marketacces)

## GATS

*In Ein neuer Ansatz wurde festgestellt, dass der weitere Abbau von Handelsbeschränkungen im Dienstleistungssektor Handel und Investitionen wesentlich begünstigen könnte, und die Forderung erhoben, den Marktzugang stetig zu erweitern, wobei sowohl die Ziele nationaler Politik als auch die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der WTO-Mitgliedstaaten berücksichtigt werden sollten. Es wurden detaillierte und bindende Verpflichtungen gefordert, darunter Maßnahmen zum Auf- und Ausbau der Leistungsfähigkeit sowie Änderungen im GATS-Abkommen zur schnellen und umfassenden Förderung der Exporte aus Entwicklungsländern. Gleichzeitig wurde in dem Positionspapier betont, dass es wichtig sei, sicherzustellen, dass die GATS-Bestimmungen nicht die nationale Souveränität durch die Regulierung von öffentlichen Diensten bzw., im weiteren Sinne, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse verletzen. Hierzu wurde eine Klärung derjenigen Bestimmungen des GATS-Abkommens gefordert, die das Recht auf Regulierung in Frage stellen könnten*

### Die Beschlüsse von Doha

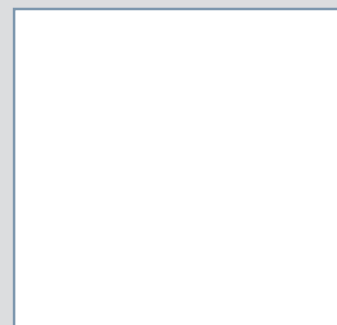
In der Erklärung der Ministerkonferenz hieß es:

„Die Verhandlungen über den Handel im Dienstleistungssektor werden mit dem Ziel geführt, das wirtschaftliche Wachstum aller Handelspartner und den Fortschritt der Entwicklungsländer sowie der am wenigsten entwickelten Länder zu fördern... Die Teilnehmer sind angehalten, die ersten Anträge für besondere Verpflichtungen bis zum 30. Juni 2002 und die ersten Angebote bis zum 31. März 2003 einzureichen.“

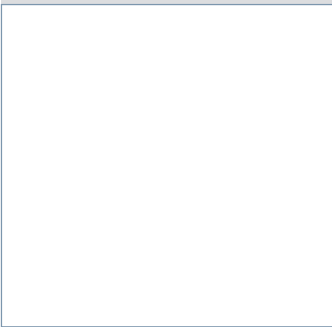
### Aktivitäten der SPE-Fraktion

Die SPE-Fraktion schlug eine Anhörung des Ausschusses für Handel und Industrie des Europäischen Parlaments über die GATS-Verhandlungen vor, die im November 2002 stattfand. Auf Anraten der SPE-Fraktion wurden dort nicht nur die Interessen von Exporteuren der EU – sie ist weltweit führend im Export von Dienstleistungen – thematisiert, sondern auch die Sorge in den Entwicklungsländern und in der europäischen Zivilgesellschaft aufgrund der Bedrohung, die das GATS-Abkommen für nachhaltige Entwicklung im Süden, und für das Recht auf Regulierung, insbesondere öffentlicher Dienste, im Norden darstellen könnte. Im März 2003 fand, wiederum auf Anfrage der SPE-Fraktion, eine Debatte im Europäischen Parlament statt, die zu einer Entschließung führte, die folgende Hauptpunkte enthielt:

- Es wird anerkannt, dass Marktöffnung das Potential zur Vermehrung des Wohlstands bietet;
- Es wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass das Recht der Regierungen, Dienstleistungen zu regulieren, erhalten und geklärt werden muss;
- Die EU wird aufgefordert, keine Marktöffnung in Entwicklungsländern in den Bereichen anzustreben, in denen die betroffene Regierung begründete, entwicklungsbedingte Einwände hat;
- Es wird gefordert, dass bestimmte Dienstleistungssektoren, wie Wasserversorgung und Stadtreinigung, einen Sonderstatus in den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern erhalten, da sie direkt und auf dramatische Weise Einfluss auf das tägliche Leben der Menschen haben und deshalb eine Sonderbehandlung erfordern;
- Es wird gefordert, dass die Möglichkeit zur Regulierung, die auf Bewahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt abzielt, im GATS weiterhin anerkannt wird;
- Es wird größere Offenheit und strengere parlamentarische Kontrolle der GATS-Verhandlungen gefordert.







Als Antwort auf einen Vorschlag der SPE-Fraktion hat der Ausschuss für Handel und Industrie des Europäischen Parlaments zugestimmt, eine weitere Mini-Anhörung im Juni 2003 über Dienstleistungen abzuhalten, zu deren Erbringung Arbeitnehmer die Landesgrenzen überqueren müssen, auch als „Modus IV“ des GATS bekannt, ein Thema, das immer mehr in den Mittelpunkt der GATS-Verhandlungen getreten ist. Eine Reihe von Entwicklungsländern, für die Überweisungen eine äußerst wichtige Deviseneinnahmequelle darstellen, haben ein enormes Interesse an einer größeren Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen weisen indessen darauf hin, dass es notwendig sei, die Arbeitsmarktbedingungen in den Gastländern zu respektieren und die Menschenrechte in vollem Umfang zu achten.

### **WTO: Derzeitiger Stand der Verhandlungen**

Im Juni 2002 reichten die WTO-Mitgliedstaaten ihre an andere Mitglieder gerichteten Anträge zur Marktöffnung ein und bis März 2003 (oder bald danach) wurden die ersten Angebote zur Marktöffnung vorgelegt. Der Prozess wird seitdem innerhalb der EU sehr kontrovers diskutiert, da Parlamentarier und die Zivilgesellschaft sich besorgt über den Mangel an Transparenz beim Antrags- und Angebotsverfahren geäußert haben und die möglichen Auswirkungen des GATS auf die Freiheit der Regierungen, Dienstleistungen zu regulieren, fürchten. Einige Kritiker gingen sogar so weit zu argumentieren, dass das GATS in Wirklichkeit ein Druckmittel zur Privatisierung und Deregulierung von Dienstleistungen sei, und machten auf die negativen Auswirkungen einiger Privatisierungen auf die Kosten und die Zugangsmöglichkeiten zu grundlegenden Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Gesundheitsdiensten und Bildung, insbesondere in Entwicklungsländern, aufmerksam.

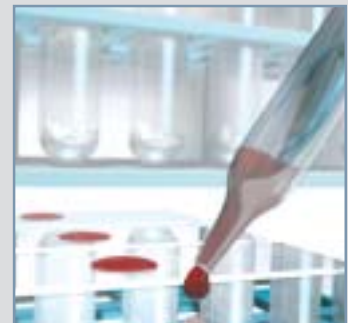
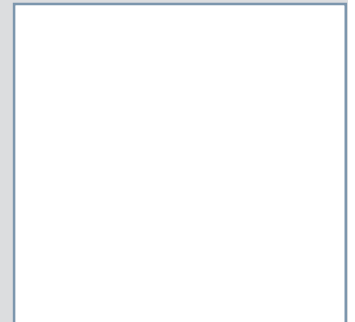
Die Europäische Kommission hielt indessen vehement dagegen, dass solche Befürchtungen völlig abwegig seien. Handelskommissar Lamy wies auf die Tatsache hin, dass das Angebot der EU die öffentlichen Dienste Europas in vollem Umfang bewahre, insbesondere die europäischen Gesundheits- und Sozialdienste sowie die Dienstleistungen im Bildungs- und audiovisuellen Sektor, wo überhaupt kein Angebot unterbreitet worden sei. Als Antwort auf die Bedenken hinsichtlich der Transparenz hat die EU als eines der ersten WTO-Mitglieder den gesamten Wortlaut ihrer ersten GATS-Angebote veröffentlicht. Die Kommission hat außerdem betont, ihre Angebote seien stark darauf ausgerichtet, den Anträgen der Entwicklungsländer gerecht zu werden, insbesondere in Bezug auf einen besseren Zugang zur EU für ausländische Arbeitnehmer, die dort Dienstleistungen erbringen möchten.

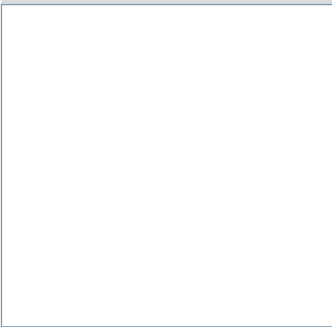
## TRIPS

*In **Ein neuer Ansatz** wurde argumentiert, dass Mängel im TRIPs-Abkommen der WTO, welches globale Mindeststandards zum Schutz des geistigen Eigentums definiert, die wirtschaftliche Entwicklung ärmerer Länder hemmen könne. Es wurde eine umfangreiche Revision des TRIPs-Abkommens gefordert.*

### Die Beschlüsse von Doha

- In Bezug auf TRIPs und öffentliche Gesundheit (siehe Positionspapier) wird der TRIPs-Rat angewiesen, bis Dezember 2002 eine schnell umsetzbare Lösung zu finden, um den Beschluss so zu erweitern, dass auch Länder mit unzureichenden Produktionskapazitäten davon profitieren, die sonst Schwierigkeiten hätten, die Zwangslizenzierung wirksam zu nutzen.
- In Cancún sollen die Verhandlungen über ein System zum Schutz der **geographischen Herkunftsangaben** für Wein und Spirituosen abgeschlossen werden;
- Die **Ausweitung des Schutzes von geographischen Herkunftsangaben für Wein und Spirituosen auf andere Produkte** soll überprüft und Empfehlungen bis Ende 2002 abgegeben werden;
- Die Revision der **Umsetzung des TRIPs-Abkommens** soll weitergeführt werden, ebenso die Überprüfung der Vorschriften zur Patentierung von **genetischem Material**;
- Diese Überprüfungsmaßnahmen sollen eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen dem TRIPs-Abkommen und dem **Übereinkommen über biologische Vielfalt**, dem Schutz von **traditionellem Wissen und Folklore** und anderen von den Mitgliedern angesprochenen Entwicklungen mit einschließen;
- Die WTO-Einrichtungen sollen sich bei dieser Arbeit von den in Artikel 7 und 8 des TRIPs-Abkommens formulierten Grundsätzen und Zielen leiten lassen und die Entwicklungsdimension in vollem Umfang berücksichtigen.





## Aktivitäten der SPE-Fraktion

Im Lichte der anhaltenden Schwierigkeiten innerhalb der WTO, sich über Regelungen einig zu werden, die die positiven Auswirkungen des TRIPs-Abkommens und des Beschlusses über öffentliche Gesundheit auf Länder mit geringer Arzneimittelproduktion auszuweiten, hat die SPE-Fraktion seit der Konferenz von Doha eng mit Vertretern der Entwicklungsländer, von Ärzte ohne Grenzen und von anderen NGOs zusammengearbeitet, um eine vollständige Umsetzung des Doha-Beschlusses durchzusetzen. Die Haltung der SPE-Fraktion wird in einer Pressemitteilung vom Dezember 2002 deutlich

*„Das Übereinkommen darf sich nicht nur auf meldepflichtige Krankheiten beschränken – noch weniger nur auf HIV/AIDS, TBC und Malaria. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind beispielsweise weltweit die häufigste Todesursache. Die Lösung muss alle Krankheiten einschließen. Das Übereinkommen darf sich nicht nur auf Arzneimittel beschränken: Es muss auch Medizinprodukte und Impfungen umfassen. Von der Lösung müssen alle Entwicklungsländer profitieren. Und sie muss langfristig, nachhaltig und wirtschaftlich realisierbar sein. Die Schutzmechanismen gegen Missbrauch dürfen nicht so mächtig und bürokratisch sein, dass sie eine schnelle Reaktion der Entwicklungsländer auf Probleme im öffentlichen Gesundheitswesen verhindern. Die EU, Japan und vor allem die USA lassen nicht davon ab, Bedingungen und Beschränkungen bei der Umsetzung des Doha-Übereinkommens über öffentliche Gesundheit auferlegen zu wollen. Wir fordern sie jetzt auf, zu vergessen, dass sie Verhandlungspartner in Handelsfragen sind, und einem höheren Gebot zu folgen. Zu versagen würde bedeuten, unter den Entwicklungsländern und unseren eigenen Bürgern die tiefen Zweifel daran noch zu verstärken, dass die WTO jemals dazu bewogen werden kann, auf die Prioritäten zu reagieren, die ihnen wichtig sind.“*

Für die SPE-Fraktion besitzt die Frage des Zugangs zu Medikamenten höchste Priorität. Es handelt sich hierbei um eine humanitäre Angelegenheit von hoher Dringlichkeit und ist der Prüfstein für den guten Willen der Industriestaaten. Aus diesem Grund hat die Fraktion eine umfassende Aussprache im Plenum des Europäischen Parlaments zu diesem Thema unterstützt, die eine Entschließung zum Ergebnis hatte, die unsere Haltung deutlich unterstreicht. Wir haben zudem ein Rechtsgutachten erhalten, das einige der Einwände, die die USA und andere gegen die von den Entwicklungsländern empfohlene Lösung vorgebracht haben, zweifelhaft erscheinen lässt. Zudem haben wir uns regelmäßig mit dem Handelskommissar der EU und seinen Mitarbeitern getroffen, um zu verdeutlichen, wie sehr dieses Thema dem Parlament und der Öffentlichkeit am Herzen liegt. Wir verurteilen das Verhalten der US-amerikanischen Regierung, die als Reaktion auf den Druck der amerikanischen Pharmaindustrie ein WTO-Abkommen zu diesem Thema seit Dezember 2002 einseitig blockiert.

Zu dem allgemeineren Thema der Nord-Süd-Auswirkungen des TRIPs-Abkommens hat die SPE-Fraktion im Juni 2002 ein öffentliches Seminar mit Vertretern von Entwicklungsländern, europäischen Unternehmen und der Zivilgesellschaft sowie der Europäischen Kommission veranstaltet. Das Seminar hatte folgende Ziele:

- den Kompromiss zu untersuchen, der im TRIPs-Abkommen zwischen den Rechten auf geistiges Eigentum und den Interessen des Gemeinwohls gefunden wurde, insbesondere, da sich dies auf die Entwicklungsländer auswirkt;
- darüber nachzudenken, wie die Agenda der beiden Überarbeitungen des TRIPs-Abkommens aussehen soll, insbesondere im Hinblick auf die Nord-Süd-Dimension und seine Auswirkungen auf den Technologietransfer.

Die Berichte auf dem Seminar waren eine weitere Bestätigung dafür, dass es notwendig ist, das TRIPs-Abkommen radikal zu überarbeiten. Sie ließen Zweifel daran aufkommen, ob das TRIPs-Abkommen in seiner derzeitigen Form den Interessen der Entwicklungsländer dient, wenn man die umfangreichen Kosten, die ihnen das TRIPs-Abkommen auferlegt, bedenkt. Gleichzeitig ist der Nutzen gering.

Im 21. Jahrhundert wird Wohlstand immer mehr vom Zugang zu Wissen abhängen. In seiner derzeitigen Form besteht durch das TRIPs-Abkommen das Risiko, dass das Nord-Süd-Gefälle im Bereich Wissen noch größer wird und ein neues, gefährliches Hindernis für die Entwicklung geschaffen wird. In einem politischen Bericht über das Seminar, der auf der Webseite der SPE-Fraktion veröffentlicht ist, werden detaillierte Vorschläge für eine Reform gemacht, die darauf ausgerichtet ist, ein besseres Gleichgewicht zu finden zwischen der Notwendigkeit, Anreize für Forschung und Entwicklung zu schaffen, und dem Gebot, den Nutzen daraus in größerem Umfang zu teilen.

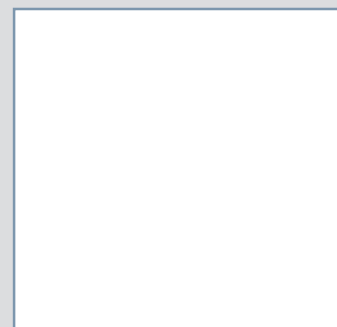
#### **WTO: Derzeitiger Stand der Verhandlungen**

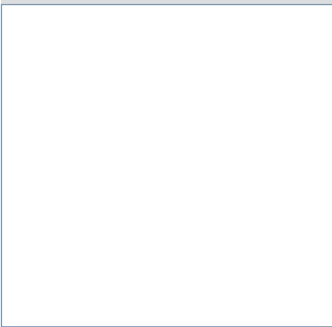
Zu beiden Aspekten der Herkunftsbezeichnungen hat die EU detaillierte Vorschläge zur Stärkung des Systems vorgelegt. Die Ausweitung des besseren Schutzes auf andere Produkte neben Wein und Spirituosen wird besonders von den Entwicklungsländern stark unterstützt, die beobachten, dass Namen, die traditionell mit ihren Produkten verbunden werden, so z. B. Basmati-Reis, Ceylon-Tee oder Blue-Mountain-Kaffee, von westlichen Herstellern illegal verwendet werden. Die EU hat auch bei der Ausarbeitung nützlicher Vorschläge eine führende Rolle übernommen, die darauf abzielen, das Verhältnis zwischen dem TRIPs-Abkommen und dem Übereinkommen über biologische Vielfalt sowie den Themen traditionelles Wissen und Folklore und Stärkung der Rechte der Landwirte zu klären.

Die SPE-Fraktion begrüßt die Vorschläge der Kommission in diesen Bereichen und bedauert, dass die Gespräche dort überall blockiert zu sein scheinen. Außerdem erwarten wir wirksamere Maßnahmen, vor allem um den Respekt vor dem Übereinkommen über biologische Vielfalt, dem traditionellen Wissen und der Folklore sowie den Rechten der Landwirte zu heben. Wir bedauern, dass es nur wenige Anzeichen dafür gibt, dass etwas in Richtung einer umfassenderen Revision der Auswirkungen des TRIPs-Abkommens auf die Entwicklungsländer getan wird, was unserer Ansicht nach im Mittelpunkt der Überprüfungsmaßnahmen zur Umsetzung des Artikels 71.1 stehen sollte. Wir glauben, dass diesem breiteren Themenbereich in Cancún eine zentralere Rolle innerhalb der DDA zukommen muss, wenn dies eine echte Entwicklungsrunde werden soll.

## **INVESTITIONEN UND WETTBEWERB**

*In Ein neuer Ansatz trat die SPE-Fraktion für einen plurilateralen Ansatz bei den Investitionsregeln ein, d.h. eine Einigung auf ein Abkommen unter den WTO-Mitgliedstaaten, die der Meinung sind, ein solches Abkommen könnte für sie nützlich sein. Wir betonten auch den möglichen Nutzen internationaler Wettbewerbsregeln, ohne dabei die großen politischen und administrativen Herausforderungen aus den Augen zu verlieren.*





## Die Beschlüsse von Doha

Der Vorschlag, Investitions- und Wettbewerbsregeln auch auf die Agenda der Verhandlungen zu setzen, war in Doha umstritten. Die EU war die Hauptbefürworterin, viele Entwicklungsländer waren jedoch dagegen. In beiden Punkten kam man in der Erklärung der Ministerkonferenz überein, dass „Verhandlungen nach der 5. Ministerkonferenz [d.h. Cancún] auf der Grundlage eines in der dann anstehenden Sitzung über Verhandlungsmodalitäten mit klarem Konsens zu treffenden Beschlusses stattfinden werden.“ So erreichte die EU im Prinzip die Beschlüsse, die sie angestrebt hatte, während skeptischere Mitglieder, wie Indien, einwenden konnten, dass der Beginn der Verhandlungen von einer vorherigen Übereinkunft über die Modalitäten abhänge, gegen die wiederum von jedem Mitglied ein Veto eingelegt werden könne.

## Aktivitäten der SPE-Fraktion

Für die SPE-Fraktion wirft der Vorschlag, ein Netzwerk **globaler Regeln für grenzüberschreitende Investitionen** zu schaffen, offensichtliche Fragen zur Zukunft der Globalisierung auf. Solche Regeln könnten weit reichende Auswirkungen auf das zukünftige Gleichgewicht von Recht und Verantwortung zwischen Investoren und Gastländern, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen Unternehmen und Regierung und zwischen nationaler und globaler Governance haben. Um sich mit diesem Themenkomplex zu befassen, veranstaltete die Fraktion im September 2002 ein internationales Seminar mit dem Titel *Sozialdemokraten & globale Investitionsregeln*.

Für einen multilateralen Investitionsvertrag wurde im Seminar argumentiert, dass grenzüberschreitende Investitionen einer der Hauptmotoren für Wachstum und Entwicklung seien, diese jedoch durch die Komplexität, fehlende Transparenz und Unsicherheit der Investitionsregeln, insbesondere in den Entwicklungsländern, gebremst würden. Ohne einen multilateralen Vertrag werde die Investitionstätigkeit von über 2000 bilateralen Verträgen geregelt. Diese spiegelten häufig ein großes Ungleichgewicht der Kräfte zwischen den Vertragspartnern (normalerweise ein Industrie- und ein Entwicklungsland) wider. Außerdem seien allein ihre Anzahl und Unterschiedlichkeit schon ein Investitionshemmnis.

Bei dem Seminar vertraten EU-Unterhändler außerdem die Ansicht, dass ein multilateraler Vertrag vielen der von Kritikern gefürchteten Gefahren vorbeugen solle, indem

- nur ausländische Direktinvestitionen abgedeckt werden;
- Streitbeilegungsverfahren zwischen Investor und Staat ausgeschlossen werden;
- Verhandlungen auf wenige Hauptgrundsätze beschränkt werden: Transparenz, Vorhersagbarkeit, Nicht-Diskriminierung;
- Begriffe wie Inländerbehandlung eng definiert werden.

Folgende Gegenargumente wurden in dem Seminar vorgebracht:

- Die Bedeutung von Investitionsverträgen werde überschätzt: Brasilien, ein Land ohne Investitionsverträge, stehe an zweiter Stelle der Empfänger von ausländischen Direktinvestitionen und China, mit nur wenigen, an erster;
- Begriffe wie Inländerbehandlung verweigerten Entwicklungsländern die Option, inländische Wirtschaftssektoren zu fördern, ein Weg, den die meisten der heutigen Industriestaaten in ihrer Entwicklung genommen hätten;
- Aus dem Handel stammende Begriffe wie „Gleichbehandlung“ in den viel komplexeren Bereich der Investitionen zu übertragen, könne zu einem gesetzgeberischen Alptraum werden;
- Viele Entwicklungsländer könnten die Zahl der Handelsgespräche jetzt schon kaum bewältigen und es missfalle ihnen, knappe Ressourcen zur Verfügung stellen zu müssen, um über ein Thema zu verhandeln, das zwar für die EU, nicht aber für sie eine Priorität darstelle.

Im Seminar waren die Argumente der SPE-Fraktion und der Gäste vor allem die, dass die Welt nicht darüber nachdenken solle, ein multilaterales Investitionsabkommen zu schließen, das den Investoren neue Rechte gebe, ohne die dazugehörigen – auch durchsetzbaren – Verpflichtungen. Es bestehe ein großes Ungleichgewicht in der Global Governance zwischen dem wachsenden Einfluss und der Autonomie der Auslandsgeschäfte einerseits und der Verwässerung demokratischer Mechanismen, die dazu dienen, die Achtung der Bürgerrechte zu gewährleisten, andererseits. Kein Abkommen, das uns weiter in diese Richtung lenke, sei akzeptabel.

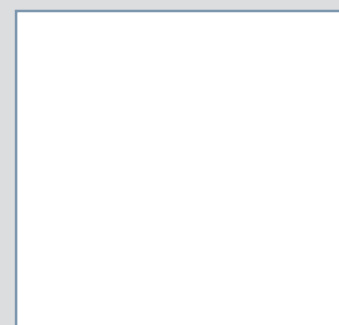
Die SPE-Fraktion befasste sich auch mit Berichten zum wachsenden Problem des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht, u. a. Monopole, Gebietskartelle und Preiskartelle großer multinationaler Konzerne, die in den allermeisten Fällen auf Kosten der Entwicklungsländer gehen. Wir glauben, dass internationale Wettbewerbsregeln nötig sind, um restriktive Geschäftspraktiken multinationaler Unternehmen zu kontrollieren (insbesondere beim Handel mit unverarbeiteten oder halbverarbeiteten Rohstoffen, der häufig in einer Handvoll Unternehmen konzentriert ist) und um „hard-core“ Kartelle zu verbieten. Wir anerkennen jedoch die Sorge vieler Entwicklungsländer, dass WTO-Wettbewerbsregeln Entwicklungsstrategien dadurch unterwandern könnten, dass ihr Recht auf besondere Behandlung einheimischer Unternehmen (sowohl von Staatsmonopolen als auch von privaten Unternehmen) im Hinblick auf Marktanteile aufgehoben werde.

Wenn mit der breiten Unterstützung der Entwicklungsländer Gespräche über globale Wettbewerbsregeln begonnen werden, müssen sie nach Ansicht der SPE-Fraktion die Regulierung wettbewerbsfeindlichen Verhaltens seitens multinationaler Konzerne in den Mittelpunkt stellen. Sie sollten „hard-core“ Kartelle verbieten und sich auf die wesentlichen Grundsätze der Wettbewerbspolitik konzentrieren: Transparenz, Gleichbehandlung, faire Verfahren und freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Kartellbehörden. Die Entwicklungsdimension muss ein zentraler Aspekt sein und insbesondere den Entwicklungsländern die Flexibilität bieten, die sie benötigen, um ihre eigenen Strategien zur industriellen Entwicklung zu bestimmen. Des Weiteren soll für die nötige technische Hilfe und den Kapazitätsaufbau gesorgt werden. Wir glauben, dass die EU außerdem den Ansichten derjenigen Entwicklungsländer aufgeschlossen sein sollte, die eingewendet haben, dass sie angesichts einer schon sehr umfangreichen Agenda nicht über ein Thema verhandeln möchten, das für sie keine hohe Priorität hat.

#### **WTO: Derzeitiger Stand der Verhandlungen**

Der WTO-Gipfel von Doha trug der Arbeitsgruppe Handel und Investitionen als Vorbereitung auf Cancún auf, ihr Augenmerk auf die Klärung des Geltungsbereichs und der Definition von Investitionen, Transparenz, Modalitäten der künftigen Verpflichtungen, Bestimmungen zur Entwicklung, Ausnahmen, Sicherung der Zahlungsbilanz sowie Anhörungs- und Streitbeilegungsverfahren zu richten. Gleichzeitig wurde die Arbeitsgruppe Handel und Wettbewerbspolitik damit beauftragt, die wesentlichen Grundlagen auszuarbeiten, die abgedeckt werden könnten: freiwillige Bestimmungen zur Zusammenarbeit, Auf- und Ausbau der Leistungsfähigkeit.

Unterhändler und Beobachter berichten, dass es, was die Standpunkte der WTO-Mitgliedstaaten angehe, in beiden Arbeitsgruppen Fortschritte gegeben habe und in einigen Gebieten konsensfähige Bereiche ausgemacht werden konnten. Es gibt jedoch nach wie vor viele unterschiedliche Ansätze und eine beträchtliche Anzahl von Entwicklungsländern sperren sich weiterhin gegen die Eröffnung der Verhandlungen.





## DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

*In Ein neuer Ansatz wurde argumentiert, dass die neue Verhandlungsrunde potentielle Konflikte zwischen WTO-Regeln, multilateralen Umweltübereinkommen, Normen der ILO und Entwicklungsübereinkommen wie dem Abkommen von Cotonou ansprechen müsse. Die Forderung nach mehr interner Demokratie bei der WTO wurde laut, damit gewährleistet wird, dass alle WTO-Mitgliedstaaten die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Informationsquellen und die gleichen Chancen, an Verhandlungen teilzunehmen, erhalten. Schließlich wurden auch Maßnahmen gefordert, die mehr Transparenz und Verantwortlichkeit seitens der WTO schaffen. Dazu gehören die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei der WTO, ein engerer Dialog mit der Zivilgesellschaft, umfangreichere und frühere Freigabe von Dokumenten und der Zugang zu Streitbeilegungsverfahren für externe Fachleute aus anderen Bereichen als dem Handel.*

### Die Beschlüsse von Doha

In der Erklärung der Ministerkonferenz sprach man sich allgemein für eine Zusammenarbeit der WTO mit internationalen Umweltschutz- und Entwicklungsorganisationen, für interne und externe Transparenz, einschließlich besserer und schnellerer Informationsverbreitung und einem intensiveren Dialog mit der Öffentlichkeit aus. Konkret wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- den WTO-Haushaltsausschuss zu beauftragen, Gelder für den Kapazitätsaufbau bereitzustellen (Dies zielt zum Teil darauf ab, kleineren und ärmeren Ländern eine effektivere Mitarbeit in der WTO zu ermöglichen.);
- auch darüber zu verhandeln, wie die Streitbeilegungsvereinbarung verbessert und klarer definiert werden kann;
- Verhandlungen über das Verhältnis zwischen den WTO-Regeln und den Handelsverpflichtungen aus multilateralen Umweltübereinkommen, über den Informationsaustausch zwischen der WTO und den Sekretariaten der Umweltübereinkommen und über Kriterien zur Verleihung des Beobachterstatus zu führen.

### Aktivitäten der SPE-Fraktion

Die Tatsache, dass sich die Fraktion dafür eingesetzt hat, die Themen Demokratie und Transparenz entschiedener auf die politische Tagesordnung zu setzen, führte dazu, dass die SPE-Fraktion einen vom Europäischen Parlament im Oktober 2001 – nur einige Tage vor dem Doha-Gipfel – angenommenen Bericht über *Offenheit und Demokratie im Welthandel*<sup>4</sup> einbrachte, in dem das Europäische Parlament

- auf die Hindernisse aufmerksam macht, die kleineren und ärmeren Ländern für eine effektive Teilnahme in der WTO im Wege stehen, und eine Reihe von Reformen fordert.
- fordert, dass die Treffen von WTO-Einrichtungen für Beobachter internationaler Organisationen und der Zivilgesellschaft offen sein sollen;
- detaillierte Vorschläge für ein offeneres Streitbeilegungsverfahren macht;
- die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei der WTO zusammen mit Maßnahmen zur Stärkung der lokalen parlamentarischen Kontrolle der Handelspolitik einzelner WTO-Mitgliedstaaten vorschlägt;
- eine Klärung der Regeln, die das Verhältnis zwischen der WTO und anderen internationalen Organisationen und Abkommen festlegen, fordert.

<sup>4</sup> Bericht Nr. A5-0331/2001 des Berichterstatters Harlem Désir, Mitglied der SPE-Fraktion

## WTO: Derzeitiger Stand der Verhandlungen

Im Dezember 2001 schuf die WTO den *Allgemeinen Treuhandfonds der Entwicklungsagenda von Doha* zur Finanzierung technischer Hilfe und des Kapazitätsaufbaus, wofür die WTO-Mitgliedstaaten mehr als 30 Millionen Euro zusicherten. Nach Aussage von Berichten haben sich die Qualität und Quantität der WTO-Maßnahmen zum Auf- und Ausbau der Leistungsfähigkeit verbessert, obwohl es unter den WTO-Mitgliedstaaten immer noch sehr unterschiedliche Ansichten über die Reichweite dieser Maßnahmen und das richtige Verhältnis zwischen der WTO und anderen Einrichtungen bei ihrer Ausführung gibt.

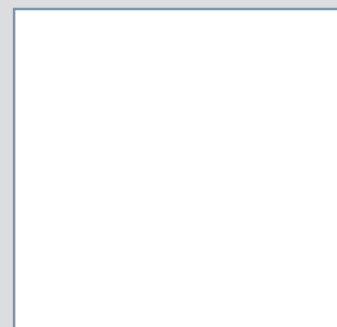
Einige der Vorschläge, die im Rahmen der Verhandlungen über das Verfahren zur Streitbeilegung vorgebracht wurden, werfen Fragen zur Transparenz auf. Dazu gehören die EU-Vorschläge zu den so genannten *amicus briefs* (dem Recht Dritter, z. B. Vereinigungen der Zivilgesellschaft, den WTO-Panels zur Streitbeilegung nicht angeforderte Unterlagen vorzulegen), die in die von der SPE-Fraktion geforderte Richtung gehen. Derzeit gibt es großen Widerstand seitens der Entwicklungsländer, die befürchten, dass dieses Instrument vor allem von kapitalkräftigen Geschäftsinteressen des Nordens ausgenutzt werden könnten – eine Gefahr, die die SPE-Fraktion schon vor Doha betont<sup>5</sup> und gegen die sie Schutzmechanismen gegen Missbrauch gefordert hat. Die USA haben vorgeschlagen, Anhörungen zur Streitbeilegung sowie Gutachten und Unterlagen öffentlich zugänglich zu machen, was auch von unserer Fraktion unterstützt wird.

Die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder haben das Ungleichgewicht hervorgehoben, das in Bezug auf die Abhilfemaßnahmen besteht, die im Rahmen des WTO-Streitbeilegungssystem anwendbar sind. Handelsmaßnahmen, die von der EU oder den USA gegen kleine Entwicklungsländer aufgrund der Nicht-Befolgung eines Urteils, das von einem Streitbeilegungspanel gefällt wurde, ergriffen würden, könnten verheerend sein, wohingegen Handelssanktionen in entgegengesetzter Richtung kaum spürbar seien. Verschiedene Gruppen von Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern haben vorgeschlagen, eine obligatorische Entschädigung einzuführen – entweder über Außenhandels-Konzessionen oder durch Finanzausgleich. Andere haben einen „Grundsatz kollektiver Verantwortung“ vorgeschlagen, der allen WTO-Mitgliedstaaten das Recht und die Verpflichtung gibt, die Empfehlungen des Streitbeilegungspanels durchzusetzen. Die SPE-Fraktion wird die Entwicklung dieser Vorschläge mit Interesse weiterverfolgen. Die Doha-Runde muss sich mit der Ungerechtigkeit des Streitbeilegungssystems auseinandersetzen, das nur den wirtschaftlich stärkeren Mitgliedern wirksame Abhilfemaßnahmen an die Hand gibt.

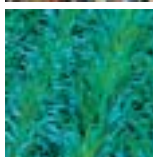
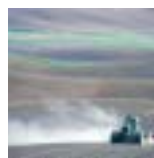
Bedauerlicherweise gibt es derzeit wenig Hoffnung, dass eine Einigung zur Reform des Streitbeilegungsverfahrens bis zur festgesetzten Frist im Mai 2003 erzielt wird.

Im Hinblick auf das Verhältnis zwischen den Regeln und dem Sekretariat der WTO einerseits und denen der multilateralen Umweltübereinkommen andererseits hat die EU fortschrittliche Vorschläge vorgelegt. Allerdings ist derzeit noch nicht abschätzbar, wie die Verhandlungen diesbezüglich ausgehen.

<sup>5</sup> Bericht Désir, siehe oben







PARLIAMENTARY GROUP OF THE PARTY OF EUROPEAN SOCIALISTS

GROUPE PARLEMENTAIRE DU PARTI SOCIALISTE EUROPEEN

FRAKTION DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI EUROPAS

GRUPO PARLAMENTARIO DEL PARTIDO SOCIALISTA EUROPEO

GRUPPO PARLAMENTARE DEL PARTITO DEL SOCIALISMO EUROPEO

FRACTIE VAN DE PARTIJ VAN DE EUROPESE SOCIAALDEMOCRATEN

EUROOPAN SOSIALIDEMOKRAATTISEN PUOLUEEN PARLAMENTTIRYHMÄ

DE EUROPEISKA SOCIALDEMOKRATERNAS PARLAMENTSGRUPP

GRUPO PARLAMENTAR DO PARTIDO SOCIALISTA EUROPEU

DE EUROPÆISKE SOCIALDEMOKRATERS GRUPPE

ΚΟΙΝΟΒΟΥΔΕΥΤΙΚΗ ΟΜΑΔΑ ΤΟΥ ΕΥΡΩΠΑΪΚΟΥ ΣΟΣΙΑΔΙΣΤΙΚΟΥ ΚΟΜΜΑΤΟΣ



EUROPEAN PARLIAMENT  
RUE WERTZ - B-1047 BRUSSELS  
TEL.: +32 2 284 21 11  
TEL.: STRASBOURG: +33 3 88 17 40 01  
INTERNET: <http://www.europarl.eu.int/pes/>